



Tatsiana Zahner wünscht sich zusammen mit ihrem Sohn eine Zukunft in der Schweiz.

BLICK-Reporter* kennt den 85 000-Franken-Bub

«Boris hätte Hilfe gebraucht»

«Du warst im gleichen Kindergarten wie mein Kind. Nach zwei Jahren verschwandst du von der Bildfläche. **Trotzdem bleibst du mir mehr in Erinnerung als die meisten anderen Kinder.** Nicht, weil du etwas angestellt hattest. Sondern, weil du in einer schwierigen Situation ohne Ausweg warst und mich das beschäftigte. Jedes Mal, wenn ich die Kindergartenklasse mit dir sah, musstest du an der Hand der Kindergärtnerin gehen. **Du bist unter Dauerbeobachtung gestanden.** Es entstand der Eindruck, dass nur von dir Probleme ausgingen. Wie vieles an deiner Situation war das ungerecht. Du warst grösser und stärker als die anderen Kinder. **Aber du hast einen guten Charakter.** Du bist grundsätzlich ein liebes Kind. Ich habe dich so erlebt. Nur bist du immer allein gewesen. Weder die Mutter noch der Stiefvater setzten sich sichtbar für dich ein. Dein Deutsch war schlicht zu schlecht, als dass du dich selber mit Argumenten hättest wehren können. Oder mit andern Kindern Freundschaften schliessen. Das Gegenteil war der Fall. Deine Mutter beschwerte sich bei anderen Eltern über dich. Sogar wenn du in Hörweite warst. **Wie schlimm muss das für dich gewesen sein?** Angst vor dir hatten die Eltern der anderen Kinder nie. Du warst zwar ungestüm, aber nie aggressiv. **Weder im Kindergarten noch zu Hause hast du die Hilfe bekommen,** die du dringend gebraucht hättest. Jetzt höre ich wieder von dir. Du wirst von einem Sicherheitsdienst überwacht, mit Medikamenten ruhiggestellt. **Sicher nicht das, was du brauchst.** Ich hoffe, du findest bald die Hilfe, die dir wirklich etwas bringt. Du hast viel Energie. **Du brauchst ein Ventil, eine sinnvolle Aufgabe.** Vermutlich würdest du in einem Sportklub und guter Betreuung aufblühen. Was mir bleibt, ist die Hoffnung, dass die Sozialprofis endlich eine adäquate Lösung finden. Du hast das Leben noch vor dir.»

* Aus Rücksicht auf Boris bleibt der Reporter ungenannt.

Zahner und ihrem Sohn nicht äussern. Man verweist auf die allgemeine Gesetzeslage.

Tatsiana Zahner wünscht sich zusammen mit ihrem Sohn klar eine Zukunft in der Schweiz. «Ich hoffe, dass mein Sohn bald nach Hause kann. Das ist viel günstiger. Ich störe mich selber auch sehr an den hohen Kosten.»

*Name von der Redaktion geändert

le unter Dauerbeschuss

Gemeinden und die Krankenkasse berappen.

Doch egal, wie die Kinder- und Erwachsenenschützer organisiert sind: **In der Kritik stehen sie schweizweit.**

Der traurigste Anlass dazu lag am Neujahrstag 2015 tot im Kinderbett. **Im «Fall Flaach» hatte eine Mutter ihre zwei- und fünfjährigen Kinder erstickt.**



Präsentierte 2006 als Bundesrat die Gesetzesrevision: Christoph Blocher.

Ihre unfassbare Erklärung: Die Kesb wollte ihre Kleinen in einem Heim platzieren statt – wie von der Mutter gewünscht – bei den Grosseltern unterbringen.

Seither hat sich ein Netzwerk gegen die Behörde aufgebaut. An vorderster Front: SVP-Nationalrat Pirmin Schwander. Er will Blochers Reform rückgängig machen. Zu Hause in Schwyz wird bereits am 21. Mai über die kantonale Kesb-Initiative abgestimmt. **Diese soll wieder Sache der Gemeinden werden.** Auch schweizweit will er gegen die Kesb vorgehen. Einen Initiativtext prüft die Bundeskanzlei.

Und auch der Bundesrat sieht bei der Kesb Handlungsbedarf. Zwar arbeite die Kesb grundsätzlich gut, so Justizministerin Simonetta Sommaruga. Ihr Beweis: **Die Anzahl Zwangsmassnahmen sei nicht wie von den Gegnern erwartet gestiegen, sondern sogar gesunken.** Abklären lassen werde sie trotzdem, inwiefern Grosseltern und andere nahestehende Personen besser einbezogen werden könnten.

Denn wenn das Kind Hilfe braucht, sollte die Grossmutter auch helfen dürfen.

Cinzia Venafro

ein Armee-Skandal

n auf «eigene Freundin» schiessen

Die Schweizer Armee hat einen handfesten Skandal – einmal mehr. **Gestern machte Blick.ch ein Video publik, das Szenen einer Schiessübung zeigt.**

Im Filmchen sieht man, wie ein Vorgesetzter seinen Soldaten einheizt: «Sie sind gerade vom Militär zurückgekehrt. Und jetzt liegt ein anderer Mann bei Ihnen zu Hause im Bett.» In militärischem Ton brüllt er: «Ihre Freundin fragt: Schatz, weshalb bist du schon so früh zu Hause?»

Die Soldaten liegen auf dem Boden. Das Sturmgewehr im Anschlag. «Sie rasten komplett aus!», schreit der Vorgesetzte. **«Ihre Freundin sagt, das ist doch nicht so schlimm. Das ist ja nicht der erste.»** Dann fragt er: «Wie reagieren Sie?» Antwort der Soldaten: Sie ballern drauflos.

Der Vorgesetzte filmt offenbar selbst, als er seine Soldaten scharf macht. Ein Leserreporter

spielte das Video, das in einem Whatsapp-Chat kursierte und in der Region Thun BE aufgenommen worden sein soll, BLICK zu.

Armeesprecher Daniel Reist zeigt sich schockiert über den Inhalt: **Das Video sei geschmacklos und absolut nicht tolerierbar.** Die Militärjustiz eröffnete gestern eine Untersuchung. Den betreffenden Kadern hat die Armee schon identifiziert.

Auch bürgerliche Sicherheitspolitiker sind nicht erfreut. Nationalrat und Oberst Rudolf Salzmann (SVP/BE) sagt: «Die Situation erscheint mir eher gestellt.» Normalerweise sei ein solches Schiessen eine rein technische Angelegenheit – **ohne dass irgendeine Gefechtsituation simuliert werde.** «Solche Spässe sind für mich aber nicht tolerierbar und unserer Armee nicht würdig.»

Die Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission

des Nationalrats, Corina Eichenberger (FDP/AG), reagiert ebenfalls scharf: «Man leitet Schiessübungen sicher nicht mit privaten, zivilen Situationen ein.» **Das sei weder lustig noch angebracht.** «Ich würde den Verantwortlichen massregeln und disziplinieren.»

Noch härtere Kritik kommt von Ständerat Josef Dittli, ehemaliger Urner Sicherheitsdirektor und Ex-Regimentskommandant: **«Falls das Video echt ist, handelt es sich um einen skandalösen Vorgang.»** Er sei schockiert. Und: «Es geht nicht an, dass man eine Schiessübung mit

einer solch konstruierten Geschichte aus dem Zivilleben anheizt.» **Er erwarte, dass die Armee rigoros durchgreife.**

Auf einen weiteren Aspekt weist die SP-Sicherheitspolitikerin Chantal Galladé hin: «Es ist unsäglich, wenn man den Fall übt, dass Männer zu Hause auf

Frauen schiessen.» Damit gehe die Armee das Risiko ein, **dass häuslicher Gewalt Vorschub geleistet werde.** Für Galladé ist klar: «So etwas einzuüben, um die Abläufe zu automatisieren, ist verantwortungslos und gefährlich.»

Georg Nopper, Joël Widmer, Matthias Halbeis

«Das ist ein Aufruf zu Mord»

Bern – Für BDP-Fraktionschefin Rosmarie Quadranti (ZH) ist das Skandalvideo unerträglich: **«Es ist für mich ein klarer Aufruf zur Gewalt, mit dem Ziel Mord.»** Was der durchgeknallte Offizier als Übungsanlage zum Losballern vorgibt, ist tatsächlich nicht selten tragische Realität. Immer wieder kommt es bei Streit unter Paaren zu Tötungsdelikten mit Schusswaffen. Eines der bekanntesten Opfer war Ex-Skirennfahrerin Corinne Rey-Bellet († 33), **die wenige Tage nach der Trennung 2006 von ihrem Mann mit der Armeewaffe umgebracht wurde.**

Leider kein Einzelfall. Allein 2015 kamen gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) innerhalb einer bestehenden oder ehemaligen Partnerschaft 19 Personen ums Leben, davon 15 Frauen. **Zudem wurden 31 versuchte Tötungsdelikte registriert, davon 22 an Frauen.** Wie viele davon mit Schusswaffen verübt wurden, weist das BFS nicht aus, sondern nur den Anteil der Schusswaffen bei allen Tötungsdelikten im häuslichen Bereich (also etwa auch Eltern-Kind-Taten). Das Resultat für den Zeitraum 2009 bis 2015: Bei gut einem Drittel der vollendeten Tötungsdelikte waren Schusswaf-

fen das Tatmittel. Bei den versuchten Tötungsdelikten knapp zehn Prozent. Strafrechtsprofessor Martin Killias sieht in der leichten Verfügbarkeit von Schusswaffen eine grosse Gefahr. **«Gerade bei häuslicher Gewalt sind Schusswaffen ein Problem, denn die Opfer können besser in Schach gehalten werden, und im Gegensatz zu anderen Waffen sind sie meist tödlich.»** Für ihn ist klar: «Gefährliche oder instabile Menschen dürfen keine Waffen haben. Und je weniger Waffen im Umlauf sind, desto sicherer ist das Land.»

Ruedi Studer und Gregory Remez

POLITIK & WIRTSCHAFT

Logitech-Gewinnsprung
Zürich – Die mit Computermäusen bekannt gewordene Logitech ist auf Wachstumskurs. Im per Ende März abgeschlossenen Geschäftsjahr knüpfte der Konzern wieder an goldene Zeiten an. Und steigerte den Umsatz um neun Prozent auf 2,2 Milliarden Franken. Der Gewinn stieg um 60 Prozent auf 191 Millionen Franken.

HNA Group kauft sich bei Dufry ein
Basel – Der Basler Reisedetailhändler Dufry erhält mit der chinesischen HNA Group eine neue Grossaktionärin. Der chinesische Beteiligungsriese hat sich mit 16,79 Prozent eingekauft.

Mehr Neuwagen
Zürich – Die Autoverkäufer haben im Startquartal Gas gegeben. Bis Ende März wurden in der Schweiz und in Liechtenstein 72 769 Neuwagen verkauft. Das sind 1,1 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Und das trotz der heftigen Einbussen von Volkswagen, der traditionell gefragtesten Marke in der Schweiz.

Alitalia soll nicht verstaatlicht werden
Rom – Nachdem die Belegschaft einen Rettungsplan für die Alitalia abgelehnt hat, schliesst die Regierung eine Verstaatlichung der Airline aus. Die Regierung will Alitalia mit einem Kredit stützen, während ein Käufer gesucht wird.

Vermieter muss Ja sagen
Bern – Die Rechtskommission des Ständerats will die Untermiete einschränken. Eine Wohnung soll nur noch mit schriftlicher Zustimmung des Vermieters untervermietet werden dürfen. Damit will man Plattformen wie Airbnb das Wasser abgraben.

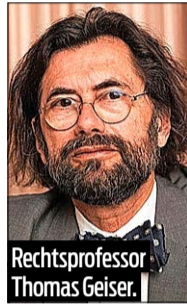
Börse & Devisen	
SMI	8830.3 (+0.6%) ↑
DOW JONES	20 975.1 (-0.1%) ↓
EURO/CHF	1.08 →
USD/CHF	0.99 →
GOLD	40 431 Fr./kg ↑
ERDÖL	51.92 \$/Fass ↑

Trotz Bundesrats-Nein Parlamentarier wollen Rasa-Gegenvorschlag

Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament keinen Gegenvorschlag zur Initiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa). **Stattdessen hofft er, dass die Initianten ihr Begehren zurückziehen.** Doch das Komitee um die Professoren Andreas Auer und Thomas Gei-

Rasa aber sei zu radikal. **Stöckli kritisiert, der Bundesrat nehme seine Führungsaufgabe nicht wahr.** «Führen heisst Einstehen für Dinge, die man richtig und nötig findet.»

Die Chancen der Ständeräte sind aber gering. Die grossen Parteien signalisieren, dass sie wenig Lust auf einen Gegenvorschlag haben. Ein solcher sei zurzeit unnötig, findet die FDP, während CVP-Präsident Gerhard Pfister weder einen Mehrwert noch eine Mehrheit dafür sieht. Und SP-Fraktionschef Roger Nordmann sagt: **«Statt die Kämpfe der Vergangenheit zu führen, sollten wir besser die Gefahren der Zukunft bekämpfen** – also die Selbstbestimmungsinitiative und die angekündigte Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit.»



Rechtsprofessor Thomas Geiser.

Die Ständeräte Andrea Caroni (FDP/AR) und Hans Stöckli (SP/BE) **werden eine eigene Idee in die Staatspolitische Kommission einbringen.** «Natürlich wäre ein Rückzug von Rasa für viele die bequemste Lösung. Doch aus staatspolitischer Sicht sollten wir die Frage klären», findet Caroni. «Zwischen Verfassung und Gesetz klafft eine zu grosse Lücke.»

Sermîn Faki

Wegducken reicht nicht!

Der Bundesrat hat sich gegen einen Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative entschieden. Diese fordert, dass der Artikel der Zuwanderungsinitiative der SVP aus der Bundesverfassung gestrichen wird. Die Regierung will sich mit dem stillen Begräbnis wegducken vor einer schwierigen Abstimmung. Ob sich diese Strategie auszahlt? Kaum!

Das meint Blick
Matthias Halbeis
Co-Politikchef
matthias.halbeis@ringier.ch

der Zuwanderungs-Initiative schon zufrieden ist.

Beide Fragen dürfen nun weiter unter der Oberfläche glimmen, denn die grossen Parteien FDP, CVP und SP sowie der Bundesrat und der zuständige Wirtschaftsspitzenverband Economiesuisse haben sich offensichtlich aufs Aussitzen verständigt. Doch statt Angsthasen-Harmonie wäre dringend Klarheit nötig. Manchmal bedeutet gute Politik auch, mutig einen Entscheid herbeizuführen.